

Welche Zukunft hat die Gemeinde?*

Meine Damen und Herren,

Zunächst möchte ich mich herzlich bei den Veranstaltern und Gastgebern und besonders bei Niels Pörksen bedanken, dass Sie mich eingeladen haben, auf dieser außergewöhnlichen Veranstaltung zu Ihnen zu sprechen und so auch Gelegenheit zu haben, gemeinsam mit meiner Frau die polnische Gastfreundschaft im schönen Lublin kennen zu lernen.

Bei der Vorbereitung meines Vortrags habe ich mich gefragt, was ich als Gemeindepsychologe zu Ihrem Thema beitragen kann. Um die Brücke zu den "Bedürfnissen des psychisch Kranken und der Verantwortung der Gemeinde" zu schlagen, möchte ich in meinem Vortrag anknüpfen an Ihr letztjähriges Symposium in Erkner "Alt werden und sterben, wo ich zu Hause bin - in Polen und in Deutschland" und einleitend noch einmal die Thesen in Erinnerung bringen, die Klaus Dörner dazu vorgetragen hat. Im zweiten Teil werde ich auf Entwicklungstendenzen eingehen, welche die Tragfähigkeit des Sozialraums in den Gemeinden gegenwärtig belasten, um im dritten Teil aktuelle Ansätze der Gemeinwesenarbeit vorzustellen, die eine Chance bieten, die Verantwortung der Gemeinde für ambulante Pflege- und Versorgungsstrukturen zu unterstützen.

* XX DPGfSG Symposium, Lublin 2009

Entsprechend meinen Erfahrungen stammen meine Beispiele aus Deutschland und Italien. Ich bedaure es sehr, viel zu wenig über entsprechende Entwicklungen in Polen zu wissen, so dass ich es Ihnen, meine politischen Zuhörer, überlassen muss, wie weit meine Beispiele und Überlegungen auf die Situation in Polen übertragbar sind.

1. Leben und Sterben, wo ich hingehöre

Dörners radikale Vision beinhaltet langfristig das Überflüssigmachen aller Heime und stationären Pflegeeinrichtungen, und zwar gleichermaßen für pflegebedürftige alte Menschen, Demenzzranke, chronisch psychisch oder somatisch Kranke, einschließlich schwerster Demenzzustände und Wachkoma-Patienten (Dörner 2007). Das bestehende Pflegesystem soll vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Nicht mehr der schwer pflegebedürftige wird aus seiner Umgebung gerissen und in expertendominierten stationären oder ambulanten Einrichtungen versorgt, sondern sein Lebensmittelpunkt wird zum Ausgangs- und Endpunkt der jeweils erforderlichen Hilfen. Nach dem Subsidiaritätsprinzip steht dabei an erster Stelle die Selbsthilfe, dann kommt die Familie, wenn das nicht reicht, Verwandte und Freunde. Wenn das persönliche Unterstützungssystem überfordert ist, wird ergänzend spontane oder organisierte Nachbarschaftshilfe erforderlich, die in vielfälti-

gen Formen im Sozialraum von Nachbarschaft und Wohnviertel organisiert wird. Erst wenn die nichtprofessionellen Helfer professionelle Unterstützung benötigen, sollen beratende und unterstützende Experten ergänzend hinzu gezogen werden. Auch die Nachbarschafts-Wohnpflegegruppen für Schwerstbehinderte werden in Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement im "Wir"-Raum organisiert und getragen, wobei eine lebensweltliche Mischung von Helfenden und Hilfsbedürftigen, Jungen und Alten, leicht und schwer Beeinträchtigten angestrebt wird. Die Aufgaben der Experten beziehen sich auf ihre unersetzlichen medizinischen, technischen, organisatorischen und beraterischen Kernkompetenzen.

Dörner begründet seine Vision mit einem Bündel von anthropologischen, historischen, pflegewissenschaftlichen und ökonomischen Argumenten:

1. In der gesamten Menschheitsgeschichte mit Ausnahme der letzten hundert Jahre (ca. 1880 - 1980) erfolgte die Altenpflege nach dem Subsidiaritätsprinzip im Sozialraum von Familie, Nachbarschaft und Gemeinde. Erst die forcierte Industrialisierung brachte einen Funktionsverlust von Familie und Nachbarschaft mit sich und führte zur Entstehung der Altenheime. Doch auch heute noch leben 70 % der pflegebedürftigen Alten und Dementen ohne oder mit professioneller Unterstützung in ihrer Wohnung.

2. Etwa seit 1980 beginnt ein wachsender Trend zurück zur ambulanten Alten- und Dementenpflege, der gleichermaßen für chronisch psychisch und somatisch Kranken gilt. Inzwischen gibt es zahlreiche Beispiele für die erfolgreiche Auflösung stationärer Einrichtungen für Alte und Behinderte, nicht zuletzt die schon erwähnten ambulanten Nachbarschafts-Wohnpflegegruppen.

3. Immer mehr Menschen entdecken wieder ihr menschlichen Grundbedürfnis, Bedeutung für andere zu haben. Der großen Zahl der Menschen mit Hilfs- und Pflegebedürfnissen steht eine noch größere Zahl von Menschen mit Helfensbedürfnissen gegenüber.

Das gilt nicht zuletzt auch für die wachsende Zahl junger Alter.

4. Immer mehr Menschen aller Altersgruppen schließen sich auf der Basis solidarischer gegenseitiger Hilfe zusammen, um gemeinsame Wohnprojekte zu betreiben. Die Zahl solcher Projekte geht in die Tausende. (Persönlich darf ich anmerken, dass meine Frau und ich kürzlich in ein von uns gemeinsam in Berlin Mitte erstelltes Wohnprojekt in Passivhausbauweise, d.h. praktisch ohne Verbrauch von Heizungsenergie, mit 33 Erwachsenen aller Altersgruppen und 19 Kindern gezogen sind.)

5. Ein modernem Standard entsprechendes Pflegeniveau für hilflose und demente alte Menschen ist angesichts des demographischen Wandels nur finanzierbar, wenn ausschließlich die professionellen Kernaufgaben wie bisher finanziert werden. Alle anderen Aufgaben sollen dagegen übergehen in die Hände familiärer und nachbarschaftlicher Helfer, wobei deren Engagement durch unterschiedliche Formen von Anreizen einschließlich Geld zu honorieren ist.

Dörner sieht die skizzierte Entwicklung an vielen Orten schon im vollen Gange, wobei Initiativen von betroffenen Angehörigen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeiten mit fortschrittlichen Experten und mit Heimen, die an ihrem Überflüssigwerden arbeiten. Das Ziel einer Pflege, in der die heutigen Heime überflüssig geworden sind, ist allerdings nicht von heute auf morgen sondern nur langfristig erreichbar.

2. Behinderte Gemeinden

Die Sozialräume von Familie, Nachbarschaft, Wohnviertel und Kommune haben zwar durch Professionalisierung, Zentralisierung, Rationalisierung und Kommerzialisierung ihrer Aufgaben einen weitgehenden Funktionsverlust erlitten. Als berufsmäßiger Optimist sieht Klaus Dörner jedoch seit den 80er Jahren auch hier die schon erwähnte Trendwende, die sich nicht zuletzt im Erstarren des bürgerschaftlichen Engagements in unter-

schiedlichen Bereichen bemerkbar macht (Dörner 2007).

Dörner hat damit sicher einerseits Recht. Doch andererseits setzt die entfesselte Globalisierung seit 1980 gewaltige ökonomische und soziale Umwälzungen ins Werk, die die Netze des Sozialraums zu zerreißen drohen. Wegen ihrer Bedeutung für das Pflgethema möchte ich beispielhaft zwei Entwicklungstendenzen herausgreifen.

Segregation städtischer Wohnviertel

Die globale wirtschaftliche Integration geht weltweit einher mit einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft: Konzentration von Reichtum auf der einen und Ausbreitung von Armut auf der anderen Seite, wobei auch die Verarmung der öffentlichen Haushalte, insbesondere der Kommunen zu nennen ist.

Die genannte Entwicklung hat in unseren Städten und im ländlichen Raum zu einer erschreckenden Zunahme der Segregation von Arm und Reich geführt.

Boomende städtische Wohnviertel erleben einen wirtschaftlichen Aufschwung, verbunden mit einem radikalen Wandel der Sozialstruktur. Andere Stadtteile und Wohnviertel zeigen im Gegensatz dazu einen ökonomischen und sozialen Niedergang. Wie in Deutschland zeigt sich auch in polnischen Städten - insbesondere in Warschau - im Zuge marktwirtschaftlicher Entwicklungen zunehmend ein Gegenüber neu entstehender Luxuswohnviertel, darunter ca. 200 Gated Communities, und einer großen Zahl stark sanierungsbedürftiger Viertel (Werth 2005). Die benachteiligten Stadtquartiere finden sich sowohl in vernachlässigten Altbauvierteln als auch in den Großraumsiedlungen des sozialistischen Städtebaus. Alle diese Viertel sind von starken Segregationsprozessen betroffen: Finanziell besser gestellte Familien ziehen weg und es kommt zur Konzentration benachteiligter Haushalte.

Typisch für diese Entwicklung ist in Berlin etwa der Bezirk Neukölln mit seinen mehr als 300.000 Einwohnern und einer großen Zahl benachteiligter Wohnviertel. Laut Bez-

irksbürgermeister Buschkowski wendet der Bezirk bei einer Arbeitslosenquote von 24 % allein 60 % seines Etats für Sozialhilfe auf. 70 % der Jugendlichen haben keinen oder nur einen minimalen Schulabschluss, der nicht ausreicht zum Einstieg ins Erwerbsleben. Die größte Herausforderung besteht in der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt, von denen nur 5 % einen Ausbildungsplatz finden.

Die wirtschaftlich "abgehängten" Wohnviertel entwickeln sich zu Orten sozialer Ausgrenzung, die durch eine Mischung komplexer, miteinander zusammenhängender Probleme gekennzeichnet sind. Der Sozialraum wird vergiftet durch die Konzentration benachteiligter Haushalte, Fehlen von Zusammengehörigkeitsgefühl, Spannungen im Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen, soziale Konflikte, geringe Einwohnerinitiative, Perspektivlosigkeit, Demoralisierung, Drogen- und Alkoholmissbrauch, Vandalismus, Gewalt und Kriminalität. So entsteht eine "sozial-toxische Umwelt" - und wie bei chemischen Umweltgiften werden vor allem die Kinder und Jugendlichen in ihrer Entwicklung geschädigt.

Abwanderung aus ländlichen Regionen

Im ländlichen Raum finden vergleichbare Segregationsprozesse statt: Auf der einen Seite Boomregionen, deren Wirtschaftskraft und Anziehung sich meist aus dem Tourismus speist, auf der anderen Seite weite Landstriche, die durch Arbeits- und Perspektivlosigkeit und die Abwanderung vor allem junger qualifizierter Menschen charakterisiert sind.

Welche Bedeutung die Abwanderung für den Sozialraum eines Dorfes hat, möchte Ihnen ich anhand der Ergebnisse einer Feldstudie veranschaulichen, die ich 2004 in einem kleinen Dorf in Süditalien durchgeführt habe. Die Ortschaft Cirigliano, liegt in einer wenig erschlossenen Bergregion der Basilicata. Die Bevölkerung beträgt gegenwärtig ca. 400 Einwohner. 80 bis 90 % der Einwohner sind über 60 Jahre und leben von ihrer Rente. Die durchweg bescheidenen Renten der Bewohner bilden heute die wichtigste ökonomische Basis des Ortes.

Während früher die Armut größere Teile der Landbevölkerung zur Abwanderung zwang, stehen heute neben den weiterhin fehlenden Arbeitsplätzen die Folgen des Bevölkerungsrückgangs als Hauptmotiv für den Wegzugswunsch im Vordergrund. Hierzu zählen vor allem fehlende Infrastruktur, Ausbildungs- und Feizeiteinrichtungen:

Im Einzelnen werden von den von mir befragten Bewohnerinnen und Bewohnern folgende Auswirkungen der Abwanderung genannt:

- Schließung der Hauptschule und von weiterführenden Bildungseinrichtungen bis auf den Kindergarten und die Grundschule. Ab dem 10. Lebensjahr sind die verbleibenden Kinder gezwungen, die Schule im 14 km entfernten Nachbarort zu besuchen.
- Fehlen von Geschäften für den täglichen Bedarf (wie Bäcker und Fleischer), von Gesundheitsversorgung, Sportmöglichkeiten und Freizeitangeboten, was vor allem für Jugendlichen und jungen Familien ein Hauptmotiv für die Abwanderung darstellt.
- Keine eigenständige Kirchengemeinde, sondern Betreuung der Gemeinde durch einen nur zeitweilig anwesenden Priester.
- Tägliche Fahrten zur Arbeit von bis zu 60 km auf engen kurvenreichen Bergstraßen mit dem eigenen PKW.
- Leben in einer als vergeist und austerbend wahrgenommenen Gemeinschaft, was als psychische Belastung erlebt wird, die zu Resignation, Alkoholkonsum und Depression führen kann.
- Ein hohes Maß an Klatsch, Missgunst, Streit und persönlichen Feindschaften, was auf die dörfliche Enge und einseitige Altersverteilung der Bewohner zurückgeführt und für die Lähmung lokaler Initiativen mitverantwortlich gemacht wird.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass aus Sicht der Bewohner in einem Teufelskreis die negativen Folgen einer schon fortgeschrittenen Abwanderung zunehmend zum Hauptmotiv für die weitere Abwanderung der verbliebenen jungen Leute führt. Hierbei muss hervorgehoben werden, dass Cirigliano immer

noch ein schönes und gepflegtes Dorf mit lebendiger Tradition und einer starken lokalen Identität seiner Bewohner ist.

In den ländlichen Regionen Polens haben Sie teilweise mit ähnlichen Folgeproblemen der Abwanderung zu kämpfen, wobei vor allem in den grenznahen Landgemeinden die Arbeitssuche fast der gesamten der erwerbsfähigen Bevölkerung in westeuropäischen Ländern, insbesondere Deutschland, dazu führt, dass unter der Woche die Kinder und Alten in den weitgehend entvölkerten Dörfern allein gelassen werden.

In den wirtschaftlich abgehangenen ländlichen Regionen Deutschlands zeigen sich zum Teil weit schlimmere Zerfallserscheinungen im Sozialraum in Form von öffentlich sichtbarer Verwahrlosung, Vandalismus, Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft.

Wir haben es also auch hier mit sozialtoxisch hoch belasteten Umwelten zu tun. Die sozialen Dienste sind in diesen Regionen hoffnungslos überfordert, da ihre personelle Ausstattung entsprechend dem Bevölkerungsrückgang reduziert wird, während die sozialen Probleme sich gleichzeitig vervielfältigen.

3. Pflege des Sozialraums

Ich habe Ihnen diese Negativentwicklungen zur Zukunft der Gemeinde nicht vor Augen geführt, um Sie zu entmutigen, die Gemeinde in die Verantwortung für Pflegebedürftige zu nehmen - wohl aber, um deutlich zu machen, dass die Pflege des Sozialraums angesichts seiner zunehmenden "Behinderungen" ebenso wichtig ist wie die Pflege behinderter Menschen.

Entscheidend sind auch hier die politischen Rahmenbedingungen, allem voran die Durchsetzung von mehr sozialer Gerechtigkeit nach 30 Jahren neoliberaler Produktion privaten Reichtums öffentlicher Armut. Doch wie kann - abgesehen von den politischen Rahmenbedingungen - eine solche Pflege des Sozialraums aussehen?

Zusammen mit dem Hamburger Medizinsoziologen Alf Trojan habe ich dazu 1999 ein umfangreiches Gutachten für den Deutschen Bundestag erarbeitet, das unter dem Titel "Nachhaltige Gesundheit und Entwicklung - Leitbilder, Politik und Praxis der Gestaltung gesundheitsförderlicher Umwelt- und Lebensbedingungen" veröffentlicht wurde (Trojan & Legewie 2001).

Wir haben in dem Buch unter anderem drei internationale und nationale Ansätze vorgestellt:

- Das Healthy-Cities- Programm für sozialökologische Gesundheitsförderung der Weltgesundheitsorganisation
- Die Lokale Agenda 21 für eine nachhaltige ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung der Gemeinden
- Das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt in Deutschland zur Bekämpfung ökonomischer und sozialer Abwärtsentwicklungen in städtischen Wohnvierteln

Allen drei Programmen ist gemeinsam, dass sie sich auf den kommunalen Bereich bzw. den sozialen Nahraum beziehen und dass sie - zumindest nach ihrem Anspruch - auf Bürgerbeteiligung, zivilgesellschaftliches Engagement und Empowerment der Bürger bauen. Darin unterscheiden sich diese Programme von expertenorientierten Entwicklungsstrategien, die lediglich auf städtebauliche und infrastrukturelle Investitionen setzen, ohne die Potenziale der Menschen im Sozialraum zu nutzen.

Ich kann hier nur exemplarisch auf das Programm Soziale Stadt und die Berliner Erfahrungen mit dem so genannten Quartiersmanagement eingehen. Ähnliche Ansätze zur lokalen Entwicklung gibt es in allen Ländern der EU, allerdings unterscheiden sie sich bezüglich der Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements. In Polen sind hier Programme des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zu nennen. So besteht für den Zeitraum 2007 - 2013 auch für die Woiwodschaft Lubelskie ein Regionalentwicklungsprogramm (Operationelles Programm 'Woiwodschaft Lubelskie', o.J.), in dem es heißt:

"Ein Schwerpunkt der Maßnahmen [sind] Investitionen in die wichtigen Wachstumszentren der Region: die Städte Lublin (Hauptstadt der Region), Biala Podlaska, Chelm, Zamosc und Pulawy. Die Maßnahmen umfassen einen integrierten Ansatz zur Wiederbelebung verfallener und problematischer Stadtviertel durch die Bereitstellung erforderlicher wirtschaftlicher und sozialer Infrastrukturen."

In Berlin gab es Ende der 90er Jahre 15 Wohnquartiere, die anhand von soziodemographischen und anderen Indikatoren als "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf" identifiziert wurden und in denen ein Quartiersmanagement eingerichtet wurde. Inzwischen ist die Zahl auf 22 angewachsen, wobei der Bedarf noch als sehr viel höher eingeschätzt wird.

Beim Quartiersmanagement handelt es sich um eine Wiederbelebung von Ansätzen der Gemeinwesenarbeit. In der Wortwahl "Management" wird aber eine Erweiterung der traditionellen gemeinwesenorientierten sozialen Arbeit deutlich: Quartiersmanager übernehmen nicht nur soziale Koordinations- und Vernetzungsfunktionen, sondern auch unternehmerische Aufgaben der lokalen Wirtschaftsförderung und der Wohnumfeldverbesserung. Diese Erweiterung wird auch betont in den Empfehlungen des Berliner Senats zum Quartiersmanagement (Stadtforum-Koordinationsbüro Berlin 1998):

"Stadtentwicklung muss vor allem auf soziale und ökonomische Strategien setzen, die sich anders als bisher vor allem auf die Aktivierung der Eigenkräfte der Quartiersbewohner konzentrieren. Es muss gelingen, vorhandene Mittel und Maßnahmen für die Gebiete mit besonderem Handlungsbedarf besser zu koordinieren. Dazu gehört ... eine Person, die eine 'Koordinierungsmacht' im Quartier hat. Primäres Ziel aller Maßnahmen des Quartiersmanagements muss das 'Empowerment' der Bewohner vor Ort sein ... Zentrale Aufgabe des Quartiersmanagements ist die Aktivierung der Quartierskräfte, insbesondere der örtlichen Unternehmen und Vereine."

Das Quartiersmanagement pflegt die enge Zusammenarbeit mit den Bewohnern vor Ort. Bereits bestehende Initiativen sollen unterstützt und neue aufgebaut werden. Bürger, Vertreter der

kommunalen Verwaltung und Vertreter aus der Privatwirtschaft sollen möglichst vernetzt und gemeinsame Lösungen für Probleme des Stadtteils entwickelt werden. Die Arbeit wird von einem Quartiersmanagement-Büro vor Ort koordiniert.

Damit sich ein Stadtgebiet positiv entwickeln kann, müssen unterschiedliche Probleme in Angriff genommen werden. Das Quartiersmanagement setzt dazu vor allem in folgenden Bereichen an:

- Förderung der Wirtschaft im Wohnviertel.
- Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und Gründung von Kooperativen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit.
- Verbesserung der ökologischen Bedingungen im Wohnviertel.
- Erhöhung der Lebensqualität durch Umgestaltung einzelner Plätze und Straßenzüge.
- Verbesserung des Zusammenlebens zwischen den Bewohnern und den Bewohnergruppen unterschiedlicher Kulturen und Nationalitäten
- Bekämpfung der Kriminalität im öffentlichen Raum

Grundlegend für den Erfolg ist es, dass Quartiersmanagement sich nicht in Einzelaktivitäten erschöpft, sondern auf einer fundierten Problemanalyse und Zielbestimmung bzw. einem Leitbild für das jeweilige Wohnviertel beruht. Es kommt darauf an, bei jedem Arbeitsschritt eine möglichst große direkte Partizipation der Akteure im Wohnviertel (Bewohner, Gewerbetreibende, Initiativen) zu gewährleisten.

Als besonders wirkungsvoll hat sich die Einführung eines Quartiersbudgets erwiesen: Die Bewohner wissen sehr viel besser als die Verwaltung, an welchen Stellen und für welche Initiativen Investitionen sinnvoll sind. Außerdem zeigt ihnen das Quartiersbudget, dass sie tatsächlich ihre Lebenssituation mitgestalten können. Hemmnisse für die Umsetzung von Seiten der Verwaltung und Politik ergeben sich vor allem durch die eingefahrene bürokratische Kultur, Machtinteressen und mangelnde Erfahrung.

Quartiersmanagement kann natürlich nicht annähernd die Folgen der sozioökonomischen

Verwerfungen wie z.B. Massenarbeitslosigkeit auffangen. Wohl aber gelingt es, im lokalen Sozialraum die Eigeninitiative der Bewohner zu fördern, neue soziale Netze zu knüpfen und die Lebensqualität im Wohnviertel zu verbessern. Die Erfolgsbilanz in Berlin ist beachtlich, so dass in den letzten Jahren - nicht zuletzt auch wegen der Verarmung von immer mehr Wohnvierteln - eine erhebliche Ausweitung des Quartiersmanagements erfolgte.

Es bestehen bisher kaum Erfahrungen für die Übertragung dieser Konzepte auf den ländlichen Raum. Bei einer Anpassung an die Gegebenheiten des dörflichen Raumes könnten hier die gleichen Prinzipien der Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements wirksam werden.

Ein nicht unproblematischer Geburtsfehler des Quartiersmanagements ist allerdings seine Abhängigkeit von der jeweiligen Kommunalverwaltung. Das hat im günstigen Falle den Vorteil der Kontinuität, der finanziellen Absicherung und der Abstimmung kommunaler Entwicklungsmaßnahmen unter aktiver Mitwirkung der betroffenen Bürger und Initiativen vor Ort bei der Lösung kommunaler Kernaufgaben. Die Abhängigkeit von der kommunalen Politik und Verwaltung führt aber zwangsläufig zu bürokratischen Hürden und erschwert oder verhindert kritische Ansätze gegenüber der herrschenden Kommunalpolitik.

Als Ergänzung oder Alternative bietet sich hier ein ausschließlich auf nichtprofessionellem Engagement von Betroffeneninitiativen und Nichtregierungsorganisationen fußender Ansatz der Gemeinwesenentwicklung, der in den USA unter dem Namen "Community Organizing" entwickelt wurde. Hier sind es z.B. Arbeitslose, Elterninitiativen, Obdachlose, Wohnerräte, die als Community Organizer ohne den professionellen Hintergrund und die Bezahlung eines Quartiersmanagers den Behörden und politisch Verantwortlichen gegenüber ihre Forderungen zur Verbesserung der lokalen Lebensbedingungen durchzusetzen versuchen.

Ich möchte dazu nur kurz den weltweit bekanntesten ehemaligen Community Organizer zitieren:

"Organizer werden weiter an lokalen Erfolgen arbeiten, von ihren Misserfolgen lernen und ihren kleinen aber wachsenden Kern von Anführern rekrutieren und weiterbilden - Mütter mit Sozialhilfe, Postangestellte, Busfahrer und Lehrer, die alle eine Vision und eine Vorstellung davon haben, was aus ihren Communities werden kann. Bei diesen Leuten findet man die Antwort auf die Frage: Wieso sollte man sich organisieren? Wenn man dabei hilft, dass eine Gruppe Hausfrauen dem Bürgermeister der drittgrößten amerikanischen Stadt am Verhandlungstisch gegenüber sitzt und sich behauptet, oder wenn ein Stahlarbeiter in Rente vor einer Fernsehkamera steht und seinen Träumen über die Zukunft seines Enkelkinds eine Stimme verleiht, erkennt man den wichtigsten und befriedigendsten Beitrag des Organisierens." Das Zitat stammt vom gegenwärtigen Präsidenten der USA, Barak Obama, der in den 80er Jahren als Community Organizer in Chicagoer Armenghettos gearbeitet hat (Obama 1988).

4. Zusammenwirken der Pflege- und Gemeinwesen-Profis

Was folgt für die Pflegeprofis aus diesem Blick auf einige Entwicklungstendenzen in der Gemeinde?

Zum einen macht die Bedrohung des lokalen Sozialraums durch wirtschaftlichen Niedergang deutlich, dass die politische Weichenstellung für mehr soziale Gerechtigkeit auch eine Voraussetzung dafür darstellt, dass unsere Gemeinwesen ihre Verantwortung für die Bedürfnisse psychisch Kranker wahrnehmen kann. Die Folgen der Verelendung städtischer Wohnquartiere und ländlicher Sozialräume vermehren einerseits die Zahl der psychisch Kranker und Pflegebedürftiger und zersetzen andererseits die sozialen Bindungen, die eine ambulante Pflege von Behinderten im Sozialraum erst ermöglichen.

Andererseits sind Ansätze wie Quartiersmanagement oder Community Organizing Teil der Bewegung, die Klaus Dörner auch in der Zunahme von Initiativgruppen seit den 80er Jahren in der ambulanten Altenpflege erkennt. Hier liegen aus meiner Sicht große Potenziale für neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Pflege- und Gemeinwesenprofis. Als erstes kommt es darauf an, sich gegenseitig überhaupt wahrzunehmen und zu entdecken, dass beide Berufsgruppen - und erst recht die in beiden Bereichen aktiven Bürgergruppen - mit ihren verschiedenen Ansätzen das gleiche Ziel der Förderung körperlicher, seelischer und sozialer Gesundheit verfolgen.

Ich bin mir sicher dass aus der wechselseitigen Wahrnehmung und dem einander Kennen lernen vielfältige Möglichkeiten des Zusammenwirkens erwachsen können. Klaus Dörner wird nicht müde darauf hinzuweisen, dass der Hilfsbedürftigkeit der Kranken und Behinderten ein Helfensbedürfnis der Gesunden entspricht. Das aktive nachbarschaftliche Helfen erfolgt dabei nicht nur unentgeltlich, sondern es kann auch honoriert werden. Die Probleme der Massenarbeitslosigkeit können sicher nicht durch honoriertes bürgerschaftliches Helfen in der Pflege gelöst werden. Aber dieses Helfen kann immerhin dazu beitragen, dass für viele Menschen die auf Dauer demütigende und zur Demoralisierung führende Abhängigkeit von staatlichen Transferzahlungen durch eine sinnstiftende Tätigkeit ersetzt wird. Ein solcher Wandel fällt in den von mir dargestellten Sozialräumen sicher nicht vom Himmel und lässt sich auch nicht durch ein bürokratisch verordnetes "Fordern und Fördern" a la Hartz IV-"Reform" erzwingen. Ein denkbarer Schritt wäre zum Beispiel die Förderung von Altenpflege-Kooperativen in sozial benachteiligten Wohnvierteln als gemeinsame Aufgabe von Pflegeprofis und Quartiersmanagern bzw. Community Organizern.

Ein solches Zusammenwirken von Engagierten für das Gemeinwesen und für die hilfsbedürftigen Behinderten könnte dazu beitragen, die Vision der Weltgesundheitsorgani-

sation "Gesundheit für alle" in der Charta von Ottawa (1986) schrittweise zu verwirklichen:

"Gesundheit wird von Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt: dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben. Gesundheit entsteht dadurch, dass man sich um sich selbst und für andere sorgt, dass man in die Lage versetzt ist, selber Entscheidungen zu fällen und eine Kontrolle über die eigenen Lebensumstände auszuüben, sowie dadurch, dass die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die all ihren Bürgern Gesundheit ermöglichen."

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Literatur

Dörner, K. (2007): Leben und sterben, wo ich hingehöre. Dritter Sozialraum und neues Hilfesystem. Neumünster: Paranus Verlag

Obama, B. (1988): Community Organizing. Illinois Issues (zit. nach Tagesspiegel Ber-

lin vom 19.01.2009, übers. Jonas Flötotto und Herbert Scherer.

Operationelles Programm 'Woiwodschaft Lubelskie' (o.J.)

Stadtforum-Koordinationsbüro Berlin (1998): Soziale Stadt. Quartiersmanagement im internationalen Vergleich (73. Sitzung des Stadtforums) Dokumentation

Trojan, A. & Legewie, H. (2001): Nachhaltige Gesundheit und Entwicklung - Leitbilder, Politik und Praxis der Gestaltung gesundheitsförderlicher Umwelt- und Lebensbedingungen.

Frankfurt: Verlag für Akademische Schriften

Werth, H. (2005): Transformation zur geschlossenen Stadt? Geschlossene Wohnkomplexe in Polens Hauptstadt Warschau. In: Europa regional, 13 /4, S. 155ff.